



## **Haushaltsrede**

des Fraktionsvorsitzenden

der Bürger-Union Ratingen

**ALEXANDER VON DER GROEBEN**

anlässlich der Verabschiedung des

Haushaltsplanes 2016/2017

in der Sitzung des Rates der Stadt Ratingen

am 18. Dezember 2015

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pesch,  
sehr geehrter Herr Kämmerer Gentzsch,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Erstmals, meine Damen und Herren, haben wir in den vergangenen Wochen einen Doppelhaushalt beraten.

Unsere Bedenken gegen die Aufstellung dieses Doppelhaushaltes haben wir sehr früh zum Ausdruck gebracht und bei der Haushaltsverabschiedung 2015 am 24.03.2015 dagegen votiert. Die Haushaltsplanberatungen haben diese Bedenken ausdrücklich bestätigt. Erlauben Sie mir, sehr geehrte Damen und Herren, diese Bedenken unserer Fraktion zu dem Doppelhaushalt 2016/2017 noch einmal herauszustellen.

Wir können nachvollziehen, dass die Verwaltung, insbesondere die Kämmerei großes Interesse daran hat, Zeit zu finden für die Pflichtaufgaben, nämlich die rechtzeitige Erstellung der Jahresabschlüsse der Vorjahre, endlich angehen zu können. Durch die Verabschiedung eines Doppelhaushalts hofft insbesondere die

Kämmerei, zeitliche Spielräume zu gewinnen, um diese Aufgaben erfüllen zu können.

Jedoch ist festzustellen, und dies bestätigt unsere Bedenken, dass die Verabschiedung eines Doppelhaushalts oft nur zu einer scheinbaren Planbarkeit von Haushaltsplänen zukünftiger Jahre führt. So stellen wir insbesondere in dem Investitionsprogramm der Jahre 2016/2017 und Folgejahre fest, dass zahlreiche Positionen mit Vermerken versehen werden, die auf notwendige Nachtragshaushalte hinweisen.

Hierdurch wird deutlich, dass sich die Haushaltsplan-Eckdaten nur zum Teil planen lassen und schon jetzt absehbar ist, dass wir - also der Stadtrat und der Hauptausschuss - mit kleineren Haushaltsplanberatungen im laufenden Haushaltsjahr 2016 und natürlich auch 2017 befasst sein werden.

Hinzu kommen zahlreiche andere Einflussfaktoren, die in der Planung zu großen Unsicherheiten führen:

- Kreisumlage
- Gewerbesteueraufkommen
- Wirtschaftliche Entwicklung

- Rathaus Neubau, Kostenentwicklung
- Kosten der Flüchtlingskrise

Die wichtigsten Daten, wie z.B. Kreisumlage, Solidarbeitrag sind u.a. abhängig von der Finanzentwicklung anderer Städte und können nicht berechnet werden. Eine zweijährige Planung wird schnell Makulatur. Ein "Phantomhaushalt" 2017 kann unseres Erachtens zum jetzigen Zeitpunkt nicht verantwortungsvoll beschlossen werden.

Gerade in der aktuellen Situation führen die oben aufgeführten Einflussfaktoren dazu, dass die Haushaltsplanberatungen zum großen Teil "über den Haufen geworfen werden". Nicht nur das Haushaltsjahr 2016 ist hiervon in großem Maße betroffen, sondern insbesondere das darauf folgende Haushaltsjahr 2017 ist vor diesem Hintergrund kaum planbar.

Festzustellen ist, dass nach unserem Kenntnisstand keine wirtschaftlich gut stehende Stadt einen Doppelhaushalt beschließt. Ohne Not bindet sich hier keiner über zwei Jahre. Anders sieht dies bei Städten aus, die ein Haushaltssicherungskonzept aufge-

stellt haben. Hier macht ein Doppelhaushalt schon eher Sinn, da die freiwilligen Ausgaben hier ohnehin begrenzt sind.

Ende September 2015 haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, und Sie, sehr geehrter Herr Kämmerer Gentzsch, einen Haushaltsplanentwurf eingebracht, der eine Unterdeckung für das Jahr 2016 von 5,13 Mio. € und für das Jahr 2017 von 4,99 Mio. € auswies. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen der letzten Wochen haben sich zahlreiche Änderungen ergeben, die nunmehr zu einer

Unterdeckung in Höhe  
von 5,38 Mio. € für 2016 und  
von 5,06 Mio. € für 2017

geführt haben.

Trotz vorhandener Bedenken kündige ich für mein Fraktion eine Zustimmung für das Haushaltsjahr 2016 an, für das Haushaltsjahr 2017 wird unsere Fraktion aus den beschriebenen Gründen und weiteren Aspekten, auf die ich noch eingehen werde, keine

Zustimmung geben können. Wir beantragen daher, über die Haushaltsjahre 2016 und 2017 getrennte Abstimmung durchzuführen.

### Beratungen in den Bezirks- und Fachausschüssen

Lassen Sie mich noch einen wichtigen Punkt ansprechen, der die Haushaltsplanberatungen in Fachausschüssen, aber auch im Bezirksausschüssen erheblich erschwert hat. In der Vergangenheit wurden den sachkundigen Bürgern Vorlagen des Haushaltsplanes zur Verfügung gestellt, die nicht nur die Änderungen ausgewiesen haben, sondern auch den gesamten Bereich des zu beratenden Ressorts aufgeführt haben. In diesem Jahr jedoch sind die sachkundigen Bürger nur mit den Änderungslisten versorgt worden und dies auch nur, wenn Sie sich diese aus dem Internet haben abrufen können. Eine Beratung des Haushaltsplans waren sachkundigen Bürgern somit in keinster Weise möglich, sie mussten sich stattdessen den kompletten Haushaltsplan beschaffen und hier mühsam die Haushaltsposition heraussuchen, die den Fachausschuss oder Bezirksausschuss betreffen. Die sachkundigen Bürger wurden somit faktisch von den Haushalts-

planberatungen ausgeschlossen, was wir in erheblichem Maße beanstanden. Wir erwarten, dass bei zukünftigen Haushaltsplanberatungen zu dem bisherigen Verfahren zurückgegangen wird und die sachkundigen Bürger als vollwertige Mitglieder der Bezirks und Fachausschüsse anerkannt werden und mit Unterlagen ausgestattet werden, die eine Beratung überhaupt erst möglich machen.

Die diesjährige Vorgehensweise führt bei den sachkundigen Bürgern, auf die wir in den Beratungen sehr angewiesen sind, zu großer Frustration und auch dazu, dass es immer schwieriger sein wird, Bürger zu finden, die sich ehrenamtlich für das Wohl der Stadt Ratingen engagieren wollen. Ich denke, dies sieht der gesamte Rat ebenso und ich appelliere an die anderen Fraktionen, uns in diesem Punkt zu unterstützen.

### Stellenplan, Personalkonsolidierungsprogramm

Grundsätzlich unterstützt die Fraktion der Bürger-Union Kosteneinsparungen auch im Personalbereich. Die damit verbundenen Leistungsreduzierungen sind allerdings dem

Konzept (noch) nicht zu entnehmen. Wir halten daher die Ergänzung des Personalkostenkonsolidierungskonzepts mit einer umfangreichen Aufgabenkritik für zwingend erforderlich.

Kritisch beurteilen wir die Vorgehensweise bei der Einbeziehung der Amtsleiterinnen und Amtsleiter in die Überlegungen, welche Stellen eingespart werden können. Hier scheint es unterschiedliche Auffassung darüber zu geben, was unter Einbeziehung der Amtsleiter und einvernehmlicher Stelleneinsparung zu verstehen ist. Dieser Dissens konnte aus unserer Sicht bisher nicht aufgelöst werden. Die bereits im Hauptausschuss geäußerte Kritik, dass die Verwaltung die umfassende 21-seitige Stellungnahme des Personalrates im Wesentlichen ignoriert und hier eine gewisse Arroganz zutage tritt, bleibt bestehen. Hier sehen wir erheblichen Gesprächsbedarf, um die Wogen zu glätten.

Wir haben im Rahmen der Haushaltberatung zu den Stellen Anträge gestellt, deren Einsparung wir nicht mittragen können, da sie zu erheblichen Servicereduzierungen für den Bürger führen, so dass wir dies nicht wiederholen wollen.

Erwähnen möchten wir hier insbesondere aber die problematische aktuelle Stellenbesetzung im Baudezernat:

Bereits in unserer Anfrage vom 10.11.15, auf die wir bis heute keine Antwort erhalten haben, haben wir die Unterbesetzung des Baudezernats thematisiert. Der Leiter des Planungsamtes verlässt Ratingen, die stellvertretende Leiterin hat bereits "das Handtuch geworfen". Hier ist akuter Einstellungsbedarf, den es kurzfristig zu realisieren gilt.

Folge der Unterbesetzung ist u.a. dass bisher nach Auskunft der Verwaltung kaum Mittel für die Intek-Maßnahmen abgerufen wurden.

Vor diesem Hintergrund, und ich habe hier nur einen Teil unserer Kritik ausgeführt, kann die Fraktion der Bürger-Union dem Stellenplan für die Jahre 2016 und 2017 nicht zustimmen.

Eine Bemerkung sei in diesem Zusammenhang erlaubt: In den vergangenen Jahren hat gerade die SPD den Stellenplan der Verwaltung unter dem ehemaligen Bürgermeister Harald

Birkenkamp kritisiert und in vielen Bereichen, insbesondere im sozialen Bereich, Anträge für zusätzliche Stellen gestellt. Wir sind überzeugt davon, dass dies auch so gewesen wäre, wenn ein Bürgermeister Birkenkamp dieses Sparkonzept vorgeschlagen worden hätte. Vorschläge ihres Parteigenossen Mendack werden erstaunlicherweise kritiklos durchgewunken, was insbesondere im Sozialbereich. u.a. bei der Stelle Streetworker besonders auffällt.

### Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt ist dieses Jahr geprägt von den erheblichen Kosten, die uns durch die Flüchtlingskrise entstehen. An dieser Stelle möchte ich für meine Fraktion erneut ein Lob an den 1. Beigeordneten Steuwe und die Mitarbeiter der betroffenen Ämter aussprechen, die enormes geleistet haben und weiter leisten, um dieser Situation halbwegs Herr zu werden.

Wir tragen die Auswirkung der Flüchtlingskrise auf den Ergebnishaushalt und auch den Investitionsplan ausdrücklich mit. Es sind allerdings große Unsicherheiten weiterhin festzustellen, die die Verwaltung zwar nicht zu verantworten hat, die jedoch dazu

führen, dass nicht nur der Haushalt 2016, sondern insbesondere der Haushalt 2017 zu einer Makulatur wird. Diese Kosten sind kaum planbar und werden zwangsläufig zu Nachtragshaushalten führen, die nicht nur Marginalien enthalten werden. Dies in einem Haushaltsplan für das übernächste Jahr abzubilden, ist unsinnig, weil dem Rat und seinen Ausschüssen hier nur eine Scheinplanbarkeit vorgelegt wird.

Weitere Bestandteile des Ergebnishaushalts, die erhebliche Unsicherheiten ausweisen, sind

- Kreisumlage
- Gewerbesteueraufkommen
- Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung
- Rathaus Neubau, Kostenentwicklung
- Und nicht zuletzt die ungerechte Solidaritätsumlage

### Grundsteuererhöhung

Der Rat hat im Frühjahr gegen unsere Stimmen die Erhöhung der Grundsteuer beschlossen. Begründet wurde dies mit der erheblichen Unterdeckung des laufenden Haushaltsjahres und vor allem der vorangegangenen Haushaltsjahre. Nun ist aber

festzustellen, dass sich die als Begründung herangezogenen Fehlbeträge als deutliche Überschüsse entpuppen. Hier mag sich die übliche Vorsicht zeigen, die in jeder Kämmererseele liegt. Doch wir sehen uns bestätigt, dass die Erhöhung der Grundsteuer und damit die zusätzliche Belastung der Ratinger Bürgerinnen und Bürger vermeidbar gewesen wären. Wir behalten uns daher vor, in zukünftigen Haushaltsplanberatungen bei einer sich in dieser Form fortsetzenden Ergebnisentwicklung die Rücknahme der Grundsteuererhöhung zu thematisieren.

Die Ausgleichsrücklage hat sich positiv entwickelt und den Ursprungswert sogar überschritten, dass das weitere Argument der Aufzehrung dieses Verrechnungspostens nicht mehr greift. Selbst im Jahr 2020 wird die Ausgleichsrücklage noch einen Stand von ca. 45 Mio. € ausweisen. Die Gefahr eines Haushaltssicherungskonzepts ist damit auf lange Sicht nicht gegeben.

### Parkentgelte

Eine Erhöhung der Parkentgelte, kann die Fraktion der Bürger-Union nicht mittragen. Es fehlt das Konzept, auf dessen Grundlage eine Entscheidung möglich wäre. Zu sensibel ist

dieses Thema, zu bedeutsam das Angebot nach auskömmlichem Parkraum. Wir möchten die Innenstadt und vor allem die dortigen Händler stärken und nicht schwächen. Da spielen Parkraum, Parkgebühren, ein durchdachtes Parkleitsystem und kostenlose Parkzeiten eine wichtige Rolle. Erst auf Basis einer differenzierten Vorlage kann die Fraktion der Bürger-Union beurteilen, ob eine Veränderung der Preisstruktur sinnvoll und vertretbar ist. Jetzt hierfür Einnahmeerwartungen in die Finanzplanung zu stellen, war grob fahrlässig.

### Investitionsprogramm

Die Fraktion trägt die Positionen des Investitionsplans 2016 mit. Insbesondere freut uns, dass nunmehr auch die Verwaltung eingesehen hat, dass die Erweiterung der Anne-Frank-Schule nur in Form eines doppelstöckigen Anbaus sinnvoll und bedarfsgerecht ist. Ich darf daran erinnern, sehr geehrter Herr Steuwe, dass Sie dies vor einigen Monaten noch vehement abgelehnt haben. Hier zahlt sich unser beharrliches Eintreten für den erweiterten Ausbaus aus.

Den Ausbau der Kreuzung Jägerhofstraße in Höhe von fast einer Mio. Euro lehnen wir ab, ebenso die Einstellung von entsprechenden Planungskosten in Höhe von 85.000 €. Für diese Ablehnung gab es aus vernünftigen Erwägungen bisher eine Mehrheit. Weshalb die SPD diesem völlig überteuerten Vorhaben nunmehr ihre Zustimmung gibt, ist uns nicht erklärlich.

### Rathaus

Das Thema Rathaus beschäftigt uns nun seit über 10 Jahren. Die stets geäußerten Bedenken gegen die Vergabeausschreibung an einen Generalunternehmer haben sich zwischenzeitlich bewahrheitet. Mit großen Bauchschmerzen hatten wir, u.a. auch um dem Projektleiter, Herrn Kalkstein, nicht unsere Unterstützung für das Projekt zu versagen, für die GU-Vergabe gestimmt. Nachdem nach Abgabe der beiden verbliebenen Angebote feststand, dass die voraussichtlichen Mehrkosten bei rd. 5 Mio. € liegen, haben wir gewagt, unsere alten Bedenken erneut vorzutragen und für die Aufhebung der GU-Vergabe zu votieren. Die Folge dieses, zugegeben forschen Vorstoßes erinnerte an einen "Shitstorm", den man aus dem sozialen Netzwerken kennt. Von allen Seiten und von fast allen Fraktionen

wurden wir in teilweise unsachlicher Art und Weise ob dieser gewagten Vorgehensweise angegriffen. Geradezu reflexartig wurde dem gemeinsamen Bürgermeister zur Seite gesprungen, der naturgemäß sein Konzept verteidigt hat.

Und wo stehen wir jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen im Rat?

Wochenlang wurden von einer Großkanzlei die zwei Angebote überprüft, dies entweder ergebnislos oder nicht mit dem erhofften Ergebnis. Dies wissen wir nicht. Zu hören ist, dass das Mandat der Großkanzlei entzogen wurde und einem anderen Kollegen übertragen wurde, der dann erstaunlich schnell sein Ergebnis präsentierte. Nach der für uns nicht nachvollziehbaren wochenlangen Hängepartie wissen wir seit ein paar Tagen, dass die GU-Ausschreibung aufgehoben werden muss. Wir wollen uns keinesfalls damit brüsten, dass wir es geahnt haben, denn die notwendige Aufhebung hat ihre Ursache offenbar in formalen Fehlern, unterliegt also aus Rechtsgründen der Aufhebung.

Hier sei jedoch folgende Überlegung erlaubt:

Wenn eine GU-Ausschreibung von 20 Interessenten angefordert und nur von 2 Bietern mit einem Angebot versehen wird und

offenbar beide Bieter gravierende Formfehler machen, dann war die Ausschreibung entweder zu kompliziert und für einen Nichtjuristen nicht durchschaubar oder die Vertragskonditionen waren schlichtweg nicht akzeptabel.

Wir haben uns die Mühe gemacht und die Ausschreibungsunterlagen durchgesehen. Sie sind von Juristen gestrickt und einseitig zu Lasten der Anbieter verfasst. Das dürfte bereits eine Vielzahl von Anbietern abgeschreckt haben und u.a. Grund für die jetzige Situation sein.

Vollkommen überraschend erhielten wir gestern um 19.30 Uhr die nicht öffentliche Vorlage zum Vergabeverfahren. Der Bürgermeister erwartet nicht nur, dass die ehrenamtlich tätigen Ratsmitglieder tags und nachts ihr E-Mailfach im Hinblick auf ggf. neue Vorlagen prüft, sondern auch noch eine Fraktionsberatung und Positionierung vor der heutigen Ratssitzung zu diesem Thema, damit eine Beratung im nicht-öffentlichen Teil erfolgen kann. Die Fraktion der Bürger-Union ist nicht bereit, in einer Nacht - und Nebelaktion dieses wichtige Thema durchzuwinken. Die Vorgehensweise ist weder zumutbar, noch hinnehmbar. Wie bereits beantragt, halten wir die

Einberufung einer Sondersitzung HAFAW oder Rat für erforderlich, um dieses wichtige Thema angemessen beraten zu können.

Der von der Verwaltung und reflexartig auch von der CDU sofort übernommene Vorschlag, jetzt einen Teilnahmewettbewerb durchzuführen, vermag bereits auf erste Sicht nicht zu überzeugen. Das Ergebnis wird nämlich nicht kostengünstiger ausfallen, eine Nachverhandlung über Preise dürfte nicht möglich sein. Und gerade die Kosten sollten wir im Blick haben, wenn wir über die Fortsetzung des Projekts nachdenken.

Nicht nur die Kosten, sondern auch die Zeitschiene müssen bei den weiteren Überlegungen eine Rolle spielen. In der Zeit, in der versucht wird, das Rathausprojekt zu einem Abschluss zu bringen, sind in Ratingen etliche größere Bauprojekte, wie beispielsweise Coca-Cola, DKV, Esprit-Outlet, Mitsubishi oder SAP realisiert worden. Daran gemessen ist das Rathaus eine absolut dilettantische Veranstaltung!!!

Erlauben Sie mir am Ende ein paar persönliche Worte:

Das Beispiel Rathaus verdeutlicht den Umgangsstil, den die anderen Fraktionen und auch teilweise die Verwaltung mit der unliebsamen, unbequemen Bürger-Union an den Tag legen. Der Inhalt und die sachliche Berechtigung eines Antrages spielen für die Fraktionen bei der Frage, ob ein Antrag unterstützt wird, keine Rolle, sondern oftmals wird ein Antrag abgelehnt, weil er von meiner Fraktion gestellt wird. Als Mehrheitsbeschaffer sind wir gerade recht, im Übrigen wird versucht, uns auszubremsen. Die Vorbereitungen auf die Sitzungen werden erschwert, da die Vorlagen, insbesondere auch wichtige Vorlagen oft viel zu spät kommen, wenn nicht gar erst als Tischvorlage. Berechtigte Kritik an der Verwaltung und am Bürgermeister sind nicht erwünscht und führen zu reflexartigen Verteidigungsreaktionen.

Auch der Bürgermeister selbst war sich nicht zu schade im Rahmen der Haushaltseinbringung Kritik an einem Fraktionsmitglied zu üben, weil er es gewagt hat, eine seit Monaten angekündigte Vorlage (Sportentwicklungsplan) anzumahnen.

Wir hoffen, dass sich der Stil in den kommenden Monaten wieder ändert und wir gemeinsam das Wohl der Stadt Ratingen, für die wir uns hier alle gemeinsam ehrenamtlich engagieren, im Auge

behalten. Dies sind wir alle den Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Unsere Fraktion ist zu dieser Zusammenarbeit bereit.

Meine Damen und Herren, da nicht alle Fraktionen von Ihrem Recht zur Haltung einer Haushaltsrede in bisher üblichem Umfang Gebrauch gemacht haben, habe ich mir erlaubt, etwas mehr als 6 Minuten zu reden.

Am Ende meiner Ausführungen, möchte ich mich und möchten wir uns bei Ihnen, sehr geehrter Herr Gentsch für die konstruktive Begleitung der Haushaltsplanberatung bedanken.

Bitte richten Sie daher unseren Dank an Ihre sehr engagierten Mitarbeiter der Kämmerei aus.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.